

FRAGEN

**für die Fragestunde in der 68. Sitzung des Landtages
am Donnerstag, dem 20. Juni 2019**

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete(r)	Nummer der Frage
Thomas de Jesus Fernandes (AfD)	1, 2
Horst Förster (AfD)	3, 4
Christoph Grimm (AfD)	11, 12
Dr. Gunter Jess (AfD)	13, 14
Nikolaus Kramer (AfD)	5, 6
Jörg Kröger (AfD)	15, 16
Dirk Lerche (AfD)	9, 10
Bert Obereiner (AfD)	22
Stephan J. Reuken (AfD)	17, 18
Jens-Holger Schneider (AfD)	19, 20
Prof. Dr. Ralph Weber (AfD)	8, 21
Christel Weißig (Freie Wähler/BMV)	7

Fragen nach Geschäftsbereichen der Landesregierung

Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung

Frage-Nr. 1, 2

Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Europa

Frage-Nr. 3, 4, 5, 6

Geschäftsbereich der Justizministerin

Frage-Nr. 7

Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit

Frage-Nr. 8

Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

Frage-Nr. 9, 10

Geschäftsbereich der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Frage-Nr. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21

Geschäftsbereich des Ministers für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung

Frage-Nr. 22

Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung

Abgeordneter
Thomas de Jesus Fernandes
(AfD)

1. Welchen Stellenwert hat das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen für die Landesregierung?
2. Wie versucht die Landesregierung, das ehrenamtliche Interesse bei den Jugendlichen zu stärken und Jugendliche für den Einsatz in der Gesellschaft zu gewinnen?

Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Europa

Abgeordneter
Horst Förster
(AfD)

Der Deutsche Bundestag hat am 7. Juni 2019 das sogenannte Geordnete-Rückkehr-Gesetz beschlossen. In diesem wird das Trennungsgebot zwischen Ausreisepflichtigen und JVA-Häftlingen bis zum 30. Juni 2022 ausgesetzt. Hierbei handelt es sich um eine am EU-Recht orientierte Kann-Regelung, nach der die Bundesländer über die Umsetzung selbst entscheiden (siehe Bundestagsdrucksache 19/10047).

3. Wird die Landesregierung die Möglichkeit einer Aufhebung des Trennungsgebots nutzen oder schließt sie dies für Mecklenburg-Vorpommern kategorisch aus?
4. Aufgrund welcher Argumente oder Überlegungen hat das Ministerium für Inneres und Europa seine Positionierung für eine Aufhebung des Trennungsgebots in Mecklenburg-Vorpommern aufgegeben?

Abgeordneter
Nikolaus Kramer
(AfD)

5. Ist die Landesregierung der Ansicht, dass sich in Mecklenburg-Vorpommern aufhaltende Syrer, die Gefährder, schwere Straftäter oder Unterstützer des Assad-Regimes beziehungsweise zwischenzeitlich nach Syrien gereist sind, von einem Abschiebungsstopp nach Syrien nicht betroffen sein sollten (bitte begründen)?
6. Aufgrund welcher neuen Erkenntnisse zur aktuellen Lage hat das Ministerium für Inneres und Europa die „Interministerielle Arbeitsgruppe Kritische Infrastrukturen (Imag Kritis)“ gegründet, um damit welche bisherigen Formen der institutionalisierten Krisenkommunikation zu verbessern oder abzulösen?

Geschäftsbereich der Justizministerin

Abgeordnete
Christel Weißig
(Freie Wähler/BMV)

7. In der Landtagssitzung am 10. April 2019 hat der Landtag den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV, einen Antisemitismusbeauftragten zu berufen, zugestimmt.

Was hat die Landesregierung bis jetzt unternommen, um einen Antisemitismusbeauftragten zu bestimmen?

Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit

Abgeordneter
Prof. Dr. Ralph Weber
(AfD)

8. Auf welche Weise wird auf das neue Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur umfassenden Dokumentationspflicht der Arbeitszeit reagiert, dass gerade den kleinen Unternehmen in unserem Land eine überbordende Bürokratisierung und gegebenenfalls die Stechuhrpflicht für kleine und mittlere Betriebe erspart bleibt?

Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

Abgeordneter
Dirk Lerche
(AfD)

Die Novellierung des Landeswassergesetzes wird seit Jahren angekündigt.

9. Wann ist mit der Veröffentlichung eines Entwurfes zu rechnen?
10. Wie positioniert sich die Landesregierung zu der Forderung, den aktuellen § 21 Landeswassergesetz dahingehend zu ändern, dass es eine landesweit einheitliche Regelung zur Befahrung nicht schiffbarer Gewässer mit elektromotorbetriebenen Booten geben soll?

Geschäftsbereich der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Abgeordneter
Christoph Grimm
(AfD)

Der aus dem Strategiefonds der Landesregierung aufgelegte Notsicherungsfonds für vom Verfall bedrohte Gutshäuser konnte mit Stand Februar 2019 (Drucksache 7/3114) im Jahr 2018 bisher keine Mittelabflüsse verzeichnen.

11. Kann die Landesregierung die Gründe dafür benennen bzw. welche Faktoren verhindern den Mittelabruf durch die Unteren Denkmalschutzbehörden?
12. Sieht die Landesregierung die Obere Denkmalschutzbehörde in der Lage und auch in der Pflicht, den Unteren Denkmalschutzbehörden in der Angelegenheit der Notsicherung Unterstützung zukommen zu lassen?

Abgeordneter
Dr. Gunter Jess
(AfD)

In der vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur herausgegebenen Broschüre „Strategie der Landesregierung zur Umsetzung der Inklusion im Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2023“ wird betont, dass diese Inklusionsstrategie „als ein realistisch-planbarer Zwischenschritt auf dem Weg zu einem vollständig inklusiven Bildungssystem verstanden“ wird (Seite 6).

13. Hält die Landesregierung weiterhin am Ziel einer vollständigen Inklusion im Bildungswesen fest?
14. Wenn ja, von welchen jährlichen Mehrkosten geht die Landesregierung bei einer vollständigen Inklusion aus?

Abgeordneter
Jörg Kröger
(AfD)

15. Welche Konzepte hat die Landesregierung für die Zukunft der Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern?
16. Welche inhaltlichen und zeitlichen Planungen hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur im Hinblick auf die Einführung einer landesweit einheitlichen Lernplattform an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern?

Abgeordneter
Stephan J. Reuken
(AfD)

17. Plant die Landesregierung eine Absenkung des fachlichen Niveaus im Lehramtsstudium, um dem sich abzeichnenden Lehrermangel zu begegnen?
18. Plant die Landesregierung, die Anforderungen bei den Aufnahmeprüfungen für Studienbewerber auf ein Lehramtsstudium in den Fächern Musik, Kunst und Sport abzusenken, um einen Lehrermangel in diesen Fächern auszugleichen?

Abgeordneter
Jens-Holger Schneider
(AfD)

Auf der Grundlage des sogenannten Inklusionsfriedens hatten sich die Fraktionen der CDU, SPD und DIE LINKE auf eine Inklusionsstrategie bis 2023 festgelegt. Mit der anstehenden Schulgesetznovelle sollte diese Strategie auf eine rechtliche Basis gestellt werden. Aufgrund eines breiten Widerstands aus der Zivilgesellschaft wurde das Gesetzgebungsverfahren vorerst verschoben.

19. Inwieweit wird die Landesregierung ihre Strategie zur Umsetzung der Inklusion modifizieren, um die Kritik am bisherigen Konzept zu berücksichtigen?
20. Von welchen jährlichen Mehrkosten geht die Landesregierung aufgrund der Einführung ihres Inklusionskonzepts aus und wie werden sich diese auf die Kommunen, Kreise und das Land verteilen?

Abgeordneter
Prof. Dr. Ralph Weber
(AfD)

21. In der Universität Greifswald soll die „gendergerechte“ Sprache nun zur Pflicht gemacht werden ([Hanse Rundschau - Interne Mail an Greifswalder Studenten: Gendersprache wird Pflicht](#)).

Bedeutet die Regelung, dass die Nichtbeachtung dieser „Pflicht“ bei studentischen Haus- Bachelor- oder Masterarbeiten zu Punktabzug führen kann?

Geschäftsbereich des Ministers für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung

Abgeordneter
Bert Obereiner
(AfD)

22. Das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt in Stralsund hat die Genehmigung zum Bau des geplanten Windparks »Gennaker« erteilt. Die 103 Anlagen sollen etwa 15 Kilometer vor der Halbinsel Fischland und 24 Kilometer westlich von Hiddensee gebaut werden und sind doppelt so hoch, wie im Offshore-Windpark Baltic 1.

Welche Auswirkungen wird dieser Offshore-Windpark auf die Region, insbesondere die Natur, den Tourismus und auf die Unternehmen der Tourismusbranche, haben?